

# LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion  
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16  
60329 Frankfurt am Main  
☎ +49 69 2577 1538  
✉ europa@region-frankfurt.de  
[www.europabuero-frm.de](http://www.europabuero-frm.de)

10.09.2020

# INHALTSVERZEICHNIS



<b>Aktuelles aus der EU</b>	<b>2</b>
Europäischer Rat: Vorläufige Einigung zu MFR und Wiederaufbaufonds	2
AdR: Politische Prioritäten für die Jahre 2020-2025 verabschiedet	3
<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung</b>	<b>3</b>
WiFi4EU: Erfolgreiche Bilanz der vier Aufrufe	3
EFRE Hessen: „Investitionsinitiative PLUS zur Bewältigung der Coronakrise“	4
Veranstaltung: Europäische Woche der Regionen und Städte 2020	4
<b>Energie, Klima und Umwelt</b>	<b>4</b>
Green Deal: Strategien zu Sektorenkopplung und Wasserstoff vorgelegt	4
Klimaschutz: EU-Innovationsfonds startet	5
Luftqualität: Umsetzungsbericht der Kommission und Initiative des AdR	6
Veranstaltung: Europäische Grüne Woche 2020	7
<b>Verkehr und Mobilität</b>	<b>7</b>
Konsultation: EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität	7
Veranstaltung: Urban Mobility Days und Europäische Mobilitätswoche	8
<b>Wirtschaft, Forschung und Innovation</b>	<b>8</b>
Veranstaltung: EU-Forschungs- und Innovationstage 2020	8
<b>EU-Projekte made in FrankfurtRheinMain</b>	<b>9</b>
CEF: EU fördert Regionaltangente West	9
Hochschulförderung: TU Darmstadt wird „Europäische Universität“	9
<b>Folgen Sie uns auf Twitter</b>	<b>10</b>

## Aktuelles aus der EU

---

### Europäischer Rat: Vorläufige Einigung zu MFR und Wiederaufbaufonds

Nach langen Verhandlungen konnten sich die Staats- und Regierungschefs am 21. Juli 2020 auf eine gemeinsame Position zum [Mehrjährigen Finanzrahmen der EU \(MFR\) für die Jahre 2021-2027 und den Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“](#) einigen (vgl. [Europa Info 05/2020](#), S. 2). Letzterer soll der Bewältigung der Herausforderungen, die durch die COVID-19-Pandemie entstanden sind, dienen.

Die Höhe des Mehrjährigen Finanzrahmens soll demnach 1,074 Billionen Euro erreichen. Auch der separate Wiederaufbaufonds wird, wie vorgesehen, ein Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro besitzen, allerdings sollen nur 390 Milliarden Euro als Zuschüsse ausbezahlt und 360 Milliarden Euro als Kredite vergeben werden. Zudem wurden im eigentlichen EU-Haushalt u. a. Programme in den Bereichen Forschung/Innovation, Digitalisierung, Verkehr, Bildung/Jugend/Kultur oder Gesundheit im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Kommission gekürzt. Insgesamt 30 % der Programmfelder sollen für klimaschutzbezogene Projekte ausgegeben werden. Mehr Infos zu den einzelnen Teilbudgethöhen finden sich auf unserer [Homepage](#).

Die Achtung von Rechtsstaatlichkeit wird erstmals als Bedingung an die Auszahlung von EU-Geldern gekoppelt. Die Mitgliedstaaten müssen für die Auszahlung der Gelder aus dem Wiederaufbaufonds nationale Reformpläne vorlegen. Wenn ein Staat Bedenken gegenüber der Verwendung der Gelder bzw. der Einhaltung der Verpflichtungen äußert, muss sich der Rat mit dem entsprechenden Reformplan befassen. Mit einer qualifizierten Mehrheit (55 % der EU-Länder mit 65 % der Gesamtbevölkerung) im Rat kann zudem durchgesetzt werden, dass die Finanzminister oder der Rat das Thema auf dem nächsten Gipfel erörtern und die Gelder bis dahin ausgesetzt werden.

Bereits in den Jahren 2021 und 2022 sollen 70 % der Zahlungen aus dem Wiederaufbaufonds ausbezahlt und dadurch die direkten wirtschaftlichen Folgen der Krise abgemildert werden. Am 1. Januar 2021 könnte zudem eine Plastiksteuer als neue Form der Eigenmittel eingeführt werden. Dies soll der vorläufigen Einigung zufolge ab 2023 noch um weitere Eigenmittel, wie eine Digitalabgabe für große Konzerne, ergänzt werden. Die Rückzahlungen für die aufgenommenen Schulden im Rahmen des Wiederaufbaufonds beginnen 2026 und laufen bis zum Jahr 2058.

Die Einigung im Rat zum Haushalt und zum Wiederaufbaufonds war insofern vorläufig, als dass noch eine Einigung mit dem Europäischen Parlament erforderlich ist. Die Parlamentarier äußerten bereits Kritik an der Ratsposition und sehen sich insbesondere bei der Entscheidung über die Ausgaben des Wiederaufbaufonds nicht ausreichend eingebunden. Im Anschluss müssen zudem noch die 27 nationalen Parlamente ihre Zustimmung erteilen.



## AdR: Politische Prioritäten für die Jahre 2020-2025 verabschiedet

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat seine politischen Prioritäten für die Jahre 2020 bis 2025 verabschiedet. Der AdR setzt sich weiterhin dafür ein, dass bei allen auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berücksichtigt werden.

Der AdR will dies durch drei Prioritäten erreichen:

### 1. Die EU bürgernäher gestalten – Demokratie und die Zukunft der EU

Der AdR will unter dieser Priorität dazu beitragen, die EU bürgernäher zu gestalten und demokratische Entscheidungsprozesse auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen zu stärken.

### 2. Den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel bewältigen – widerstandsfähige regionale und lokale Gemeinschaften schaffen

Der AdR beabsichtigt, im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen Lösungen anzubieten, um lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Bewältigung künftiger Notsituationen und des gesellschaftlichen Wandels zu unterstützen. Dazu zählt der AdR globale Pandemien, den Klimawandel, die Digitalisierung, den demografischen Wandel sowie Migrationsbewegungen.

### 3. Zusammenhalt als unser Grundwert – ortsbezogene Maßnahmen der EU

Unter dieser Priorität möchte sich der AdR dafür einsetzen, die „EU in den Dienst ihrer Bürger und deren Wohnorte zu stellen“ und sich bei allen Maßnahmen der EU am Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts zu orientieren.

In einer englischsprachigen [Broschüre](#) werden die neuen Prioritäten und die Arbeitsweise des AdR erläutert.

## Kommunale Belange und regionale Entwicklung

### WiFi4EU: Erfolgreiche Bilanz der vier Aufrufe

Am 8. Juli 2020 hatte die EU-Kommission die [Gewinner des vierten Aufrufs](#) im Förderprogramm WiFi4EU bekannt gegeben, und damit gleichzeitig den Abschluss des Programms in der aktuellen Förderperiode markiert. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain konnte in allen vier Aufrufen Erfolge verbuchen: insgesamt 62 Kommunen aus der Region erhielten einen Gutschein im Wert von jeweils 15.000 Euro zur Einrichtung von öffentlichen WLAN-Hotspots.

Insgesamt hatten sich über 42.600 Kommunen aus ganz Europa auf eine EU-Förderung beworben. Dabei überschritt bei allen vier Aufrufen die Nachfrage die Zahl der verfügbaren Gutscheine bei weitem. Zwischen 2018 und 2020 wurden letztlich mehr als 8.900 Gutscheine im Wert von jeweils 15.000 Euro an Kommunen aus 30 teilnehmenden Ländern vergeben. Dies entspricht einem Gesamtbudget von über 130 Mio. Euro.



Das Europabüro hatte stets über das EU-Förderprogramm informiert und seine Kommunen in allen Belangen rund um WiFi4EU beraten und unterstützt. Nach bisherigen Plänen könnte es ab 2021 ein Nachfolgeprogramm unter der Connecting Europa-Fazilität Digital geben. Sobald hierzu konkrete Informationen vorliegen, werden wir dies selbstverständlich rechtzeitig kommunizieren.

## EFRE Hessen: „Investitionsinitiative PLUS zur Bewältigung der Coronakrise“

Im Rahmen der von der Kommission vorgeschlagenen „Investitionsinitiative PLUS zur Bewältigung der Coronakrise“ (CRII PLUS) wurde ein Artikel für außergewöhnliche Maßnahmen in die [Strukturfondsverordnung](#) aufgenommen. Dieser ermöglicht es, dass die EU-Kofinanzierungsrate für bestimmte Projekte, die aus dem EFRE gefördert werden, auf bis zu 100 % erhöht werden kann.

Das Land Hessen beabsichtigt, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und hat hierzu einen [Vorschlag](#) veröffentlicht. Darin wird ausgeführt, dass die EU-Kofinanzierungsrate für ausgewählte Fördermaßnahmen zwischen dem 1. April 2020 und dem 15. Januar 2021 von 50 auf 90 bzw. 100 % oder von 30 auf 50 % erhöht werden kann. Voraussetzung ist, dass die Projekte bis zum 31. August 2020 genehmigt wurden und die Projektträger im Zusammenhang mit COVID-19 begründeten Bedarf für eine höhere Zuwendung haben.

## Veranstaltung: Europäische Woche der Regionen und Städte 2020

Bis zum 27. September 2020 ist die [Anmeldung](#) zur diesjährigen [Europäischen Woche der Regionen und Städte](#) möglich. Vom 5. bis zum 22. Oktober 2020 finden über 500 Veranstaltungen zur Regionalpolitik statt.

Anders als in den Vorjahren wird die Konferenzwoche – der COVID-19-Pandemie geschuldet – ausschließlich online stattfinden und sich über drei Wochen erstrecken.

Die erste Woche widmet sich dem Thema „Befähigung der Bürgerinnen und Bürger“, die zweite Woche dem Komplex „Zusammenhalt und Zusammenarbeit“ und die dritte Woche dem Thema „Grünes Europa“ – in Zusammenarbeit mit der Grünen Woche (s. S. 7 dieser Ausgabe).

## Energie, Klima und Umwelt

### Green Deal: Strategien zu Sektorenkopplung und Wasserstoff vorgelegt

Am 7. Juli 2020 legte die Europäische Kommission zwei neue strategische Mitteilungen vor: Mit der [Strategie zur Integration des Energiesystems](#) wird erstmals ein sektorübergreifender ganzheitlicher Ansatz auf dem Weg zum klimaneutralen Energiesystem bis 2050 gewählt und die ergänzende [Wasserstoffstrategie](#) rückt dabei diesen spezifischen Energieträger in den Fokus (Dokumente auf Englisch). Beide Dokumente sind Teil des EU-Green Deals (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2).

Die Strategie zur Integration des Energiesystems formuliert das Ziel, die verschiedenen Energieträger, Infrastrukturen und Verbrauchssektoren in Europa besser zu vernetzen und mit einem solchen flexibleren

Energiesystem die Kosten- und Ressourceneffizienz zu steigern. Dazu werden drei zentrale Handlungsfelder identifiziert:

- ★ Ein „kreislauforientiertes“ Energiesystem, das besonderen Wert auf Energieeffizienz legt und Abfallprodukte zur Energiegewinnung nutzt. So biete bspw. die Wiederverwendung von Abwärme aus Industrieanlagen oder Rechenzentren sowie die Energiegewinnung aus Bioabfall bislang ungenütztes Potential;
- ★ Die Elektrifizierung des Endenergieverbrauches, bspw. durch Wärmepumpen, elektrische Öfen oder Elektromobilität;
- ★ Die Nutzung erneuerbarer Brennstoffe in Bereichen, in denen die Elektrifizierung schwierig oder unwirtschaftlich ist (bspw. grüner Wasserstoff oder andere erneuerbar erzeugte Kraftstoffe im Schwerlasttransport oder in der Industrie).

Dazu listet die Strategie 38 einzelne Umsetzungsmaßnahmen auf, die auch eine aktivere Rolle der Konsumenten und die Energiespeicherung in der Sektorenkopplung miteinbeziehen. Die Ziele der Strategie sollen v. a. bei der Neufassung der Verordnungen zum transeuropäischen Energie- und Verkehrsnetz (TEN-E/TEN-V), den EU-Richtlinien zu Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz sowie der Richtlinie über eine Infrastruktur für alternative Kraftstoffe berücksichtigt werden (vgl. [Europa Info 05/2020](#), S. 8, [Europa Info 04/2020](#), S. 5 und [Europa Info 02/2020](#), S. 6). Den Grundsatz „Energieeffizienz zuerst“ setze u. a. die bereits angekündigte „Renovierungswelle“ um (vgl. [Europa Info 06/2020](#), S. 6).

Die Europäische Kommission identifiziert mit der neuen Wasserstoffstrategie in erneuerbar gewonnenem Wasserstoff, v. a. aus Sonnen- und Windenergie, einen zentralen Pfeiler des zukünftigen EU-Energiesystems, der in den Sektoren Potential biete, in denen eine volle Elektrifizierung schwer oder verhältnismäßig ineffizient zu erreichen sei (bspw. um Diesellokomotiven auf der Schiene zu ersetzen). Wasserstoff könne dabei nicht nur als Brennstoff, sondern auch als Energieträger sowie für die Energiespeicherung eine stärkere Rolle spielen.

Die 20 Einzelmaßnahmen der Strategie sollen in den kommenden Jahren eine Wertschöpfungskette für diese Technologie schaffen, Mittel für Forschung und Innovation bereitstellen, Wasserstoff in den TEN-E- und TEN-V-Infrastrukturen verankern und die entsprechende Nachfrage stimulieren (ggf. auch über die Festschreibung von Minimalanteilen oder Quoten in Endverbrauchssektoren). Bis 2024 gelte es, die Installation von Elektrolyseuren zur Erzeugung von bis zu 1 Mio. Tonnen sauberem Wasserstoff zu schaffen. Bis 2030 sollen Elektrolyseurleistungen für 10 Mio. Tonnen Wasserstoff verfügbar sein. Um dies zu erreichen, hat die EU-Kommission eine [Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff](#) initiiert, die als breites Bündnis aus Industrie, Forschung und öffentlicher Hand entsprechende Investitionen aktiv befördern wird.

Einen guten Überblick über die beiden Strategien bietet die deutschsprachige [Pressemitteilung](#) der Kommission sowie zwei Faktenblätter ([Energiesystem](#), [Wasserstoff](#)).

## Klimaschutz: EU-Innovationsfonds startet

Im Rahmen des neuen [EU-Innovationsfonds](#) startete die EU-Kommission am 3. Juli 2020 den ersten [Förderaufruf](#) für innovative Demonstrationsvorhaben CO<sub>2</sub>-armer Technologien. Bis zum **29. Oktober 2020** können sich besonders zukunftsweisende Großprojekte in den folgenden Schwerpunktbereichen auf eine EU-Förderung bewerben:



- ★ CO<sub>2</sub>-arme Technologien in energieintensiven Industrien;
- ★ CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Verwendung;
- ★ CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung;
- ★ Erneuerbare Energien;
- ★ Energiespeicher.

Dabei wird unter einem Großprojekt ein Investitionsvolumen von mindestens 7,5 Mio. Euro verstanden. Antragsberechtigt sind alle juristischen Personen, also nicht nur Unternehmen, sondern auch öffentliche Einrichtungen. Die Förderquote aus dem Innovationsfonds beträgt 60 % für die durch den innovativen Aspekt zusätzlich entstehenden Kosten, wobei eine Kombination mit weiteren Förderprogrammen zulässig ist. Insgesamt stehen in diesem Aufruf 1 Mrd. Euro zur Verfügung.

Die Antragstellung erfolgt auf dem [EU-Funding and Tenders-Portal](#) in einem zweistufigen Verfahren, bei dem erste Projektskizzen zunächst auf Wirksamkeit, Innovationsgrad und Umsetzungsreife geprüft werden. Für die finale Bewertung spielen auch die Übertragbarkeit der Lösungen und Kosteneffizienz eine Rolle.

Der EU-Innovationsfonds ersetzt das bisherige [NER300-Programm](#) und speist sich aus den Erlösen des [Europäischen Emissionshandelssystems](#). Für die laufende Dekade bis 2030 wird der Fonds ca. 10 Mrd. Euro umfassen.

Für kleinere Vorhaben unterhalb der Grenze von 7,5 Mio. Euro ist zum Ende des Jahres 2020 ein weiterer Förderaufruf angekündigt.

## Luftqualität: Umsetzungsbericht der Kommission und Initiative des AdR

Die europäische Kommission [berichtete](#) am 26. Juni 2020 erstmals über die Fortschritte bei der Umsetzung der Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe ([EU/2016/2284](#)).

In dieser sogenannten „NEC-Richtlinie“ sind für alle Mitgliedstaaten nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen für die Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxide (NO<sub>x</sub>), flüchtige organische Verbindungen außer Methan (NMVOC), Ammoniak (NH<sub>3</sub>) und Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) festgelegt. Die Mitgliedstaaten müssen für die Jahre 2020, 2025 und 2030 Prognosen bezüglich der Luftschadstoffemissionen vorlegen, um bewerten zu können, inwieweit sie die von 2020 bis 2029 und ab 2030 geltenden Emissionsreduktionsverpflichtungen erfüllen werden. Im ersten Zeitabschnitt [identifiziert](#) die Kommission für Deutschland ein hohes Risiko, die NH<sub>3</sub>-Reduktionsvorgaben nicht einhalten zu können, im zweiten Zeitabschnitt ein mittleres Risiko für NO<sub>x</sub>, NMVOC, NH<sub>3</sub> und PM<sub>2,5</sub>. Diese Prognose gehört jedoch im EU-weiten Vergleich zu den eher positiveren. Acht Mitgliedstaaten hatten keine ausreichenden Daten für eine Beurteilung eingereicht.

Auch der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) setzte sich jüngst mit der Thematik der Luftqualität auseinander: In der Plenarsitzung vom 30. Juni bis 2. Juli 2020 verabschiedete der AdR eine vorbereitende [Stellungnahme](#) zur künftigen EU-Luftreinhaltepolitik im Rahmen des von der Kommission angekündigten Aktionsplans zur Nullverschmutzung (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2).



Die bisherige Rechtslage sei grundsätzlich positiv zu bewerten, biete aber insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der EU-Richtlinie über die Qualität der Umgebungsluft ([2008/50/EC](#)) Raum zur Verbesserung – etwa durch eine weitere Harmonisierung der Messsysteme in den Mitgliedstaaten und der Leitlinien zur Berichterstattung und Modellierung für lokale und regionale Behörden. Außerdem solle im Zuge künftiger Maßnahmen über eine Angleichung der Luftqualitätsstandards an die (schärferen) WHO-Empfehlungen und eine Ausweitung auf Ultrafeinstaub und Ruß nachgedacht werden. Da vielerorts aber die bereits bestehenden Ziele noch nicht erreicht würden, brauche es auch eine stärkere finanzielle Unterstützung für Gegenmaßnahmen auf der lokalen und regionalen Ebene.

## Veranstaltung: Europäische Grüne Woche 2020

Die [Europäische Grüne Woche](#) wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie in den Herbst 2020 verschoben und findet nun vom 20. bis zum 22. Oktober 2020 statt (eine Teilnahme ist laut aktuellem Stand sowohl physisch als auch virtuell möglich).

Das [Programm](#) der [Hauptkonferenz](#) umfasst diverse Workshops und Podiumsdiskussionen zu den verschiedensten Aspekten des Umwelt- und Klimaschutzes in der EU. In diesem Jahr wird ein besonderes Augenmerk auf dem Schwerpunktthema „[Biodiversität](#)“ liegen (vgl. [Europa Info 04/2020](#), S. 7). Die Teilnahme ist kostenfrei, die [Anmeldung](#) zu dieser englischsprachigen Konferenz erfolgt online (bei physischer Teilnahme [Anmeldung](#) mit EU Login-Konto).

## Verkehr und Mobilität

### Konsultation: EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität

In Vorbereitung der für das vierte Quartal 2020 angekündigten EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität sammelt die EU-Kommission bis zum **23. September 2020** in einer [Konsultation](#) entsprechende Einschätzungen. Diese Befragung ist dabei mit einer Evaluierung der bisherigen EU-Rahmenstrategie, dem Weißbuch Verkehr von 2011 ([KOM/2011/0144](#)) verknüpft.

Der Fragebogen besteht aus zwei Teilen: ein erster Abschnitt fragt rückblickend Einschätzungen zu Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz und EU-Mehrwert des bisherigen Weißbuchs Verkehr ab. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den wichtigsten Herausforderungen, Schwerpunkten und Maßnahmen für die zukünftige EU-Mobilitätsstrategie. Eine Beantwortung auf Deutsch ist möglich.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain wird sich an dieser Konsultation beteiligen.

Die aktuellen Stellungnahmen des Europabüros im Verkehrsbereich, u. a. zu [nachhaltigen städtischen Verkehrsplänen](#), der [Rolle urbaner Verkehrsknoten im transeuropäischen Verkehrsnetz](#) (TEN-V) oder zum [ÖPNV in Metropolregionen](#) finden sich auf unserer [Homepage](#) (alle auf Englisch).

Hintergrund:

Der Europäische „Green Deal“, mit dem die EU bis 2050 zum klimaneutralen Kontinent werden möchte, sieht vor, die verkehrsbedingten Emissionen bis 2050 um 90 % zu senken. Im Vergleich zu anderen Sektoren sind



im Verkehrsbereich bislang allerdings nicht nur ein Wachsen des Verkehrsvolumens, sondern auch weiter steigende Treibhausgasemissionen zu beobachten. Die neue EU-Mobilitätsstrategie soll daher die Verkehrsentwicklung und den Green Deal wirksamer miteinander verzahnen (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2).

## Veranstaltung: Urban Mobility Days und Europäische Mobilitätswoche

Zum ersten Mal veranstaltet die Europäische Kommission in diesem Jahr die „[EU Urban Mobility Days](#)“, allerdings aufgrund der COVID-19-Pandemie als Onlinekonferenz.

Zwischen dem 29. September 2020 und dem 2. Oktober 2020 werden aktuelle Trends und Herausforderungen in der nachhaltigen städtischen Verkehrsplanung diskutiert und in zahlreichen Workshops entsprechende Praxisbeispiele vorgestellt. Die Mobility-Days fassen die Konferenz des [CIVITAS-Forums](#) und die EU-Konferenz zu den nachhaltigen städtischen Verkehrsplänen (engl. Abkürzung [SUMPs](#)) zusammen (vgl. [Europa Info 06/2019](#), S. 6 und Europabüro-[Stellungnahme](#) zu den SUMP-Guidelines 2.0).

Das [Programm](#) der englischsprachigen Veranstaltung ist online; dort erfolgt ebenfalls die kostenfreie [Anmeldung](#).

Im Vorfeld findet vom 16. bis 22. September 2020 die [Europäische Mobilitätswoche](#) mit zahlreichen Vor-Ort-Aktionen zum Jahresthema „emissionsfreie Mobilität“ statt. Aus der Metropolregion FrankfurtRheinMain beteiligen sich bislang die Städte [Wiesbaden](#) und [Hanau](#) (Registrierung weiterhin möglich).

## Wirtschaft, Forschung und Innovation

### Veranstaltung: EU-Forschungs- und Innovationstage 2020

Vom 22. bis 24. Dezember 2020 organisiert die EU-Kommission eine zweite Auflage der [EU-Forschungs- und Innovationstage \(F+I\)](#), dieses Jahr in einer digitalen Variante.

In den Online-Workshops des [Konferenzprogramms](#) sollen die verschiedenen Aspekte der Ausgestaltung des zukünftigen EU-Forschungs- und Innovationsprogramms „Horizont Europa“ diskutiert werden. Zudem werden Details zu den Horizont-Missionen und dem Horizont-2020-Sonderaufruf zum EU-Green Deal vorgestellt (vgl. [Europa Info 06/2020](#), S. 8 und [Europa Info 05/2020](#), S. 9). Konferenzsprache ist Englisch, die Teilnahme kostenfrei, die [Anmeldung](#) online möglich.

Der Beteiligungsprozess zum künftigen „Horizont Europa“-Programm war bereits mit den ersten F+I-Tagen 2019 gestartet worden (vgl. [Europa Info 04/2019](#), S. 4). Aktuell können die bisher ausgearbeiteten Zielformulierungen der sechs künftigen F+I-Themencluster online [kommentiert](#) werden (Einreichfrist: 18. September 2020).





# EU-Projekte made in FrankfurtRheinMain

---

## CEF: EU fördert Regionaltangente West

Im Rahmen des jüngsten Förderaufrufs der „[Connecting Europe](#)“-Fazilität (CEF) wurden für die weitere Planung der [Regionaltangente West](#) 20 Millionen Euro an EU-Förderung [bewilligt](#). Damit wird diese neue tangentielle ÖPNV-Verbindung zwischen Taunus, Frankfurt und dem Landkreis Offenbach bereits zum zweiten Mal nach 2015 mit EU-Geldern unterstützt. Damals hatte die EU bereits 7,68 Mio. Euro für die ersten Planungen zur Verfügung gestellt. Dank dieses regionalen Infrastrukturprojektes steigt die gesamte Leistungsfähigkeit des Schienenknotens Frankfurt – mit positiven Auswirkungen für das Reisen im transeuropäischen Fernverkehr.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain freut sich mit der RTW-Planungsgesellschaft über diesen Erfolg eines regionalen Schlüsselprojektes.

Sobald die Europäische Kommission die formalen Finanzierungsbeschlüsse für die [zu fördernden Vorhaben](#) angenommen hat, wird die zuständige EU-Exekutivagentur INEA bis spätestens Januar 2021 die entsprechenden Finanzhilfvereinbarungen unterzeichnen.

---

## Hochschulförderung: TU Darmstadt wird „Europäische Universität“

Die Technische Universität Darmstadt ist im zweiten Aufruf der EU-Kommission als Teil des Hochschulnetzwerkes „Europäische Universität der Technologie“ für eine EU-Förderung der [Hochschulverbände „Europäische Universität“ ausgewählt](#) worden.

Die mit einem Zuschlag bedachten 24 Allianzen sollen zusammen mit den 17 Partnerschaften aus dem ersten Aufruf den Austausch von Studierenden, Lehrenden und Forschenden weiter verbessern und durch eine enge Zusammenarbeit die Leistungsfähigkeit dieser Einrichtungen weiter erhöhen. Dafür wird jede Allianz, die durchschnittlich aus sieben Einrichtungen besteht, mit 7 Mio. Euro aus dem Budget von ERASMUS+ und Horizont 2020 unterstützt.

Diese Europäische Hochschulinitiative soll in der kommenden [Finanzierungsperiode 2021-2027](#) fest in das ERASMUS-Programm integriert werden.

# Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist nun auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten



**FrankfurtRheinMain**

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 [europabuero-frm.de](#) 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

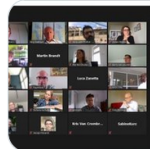
381 Folge ich 605 Follower

[@RegionFrankfurt](#)



**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 8. Sep.

We're looking forward to part 2 of the "Rhine-Alpine Talks" by [@EGTCRhineAlpine](#) this Friday! This time in focus: how our partners shape a green transport corridor from Northern Italy to the Northsea. Registration: [egtc-rhine-alpine.eu/de/events/rhin...](#) #RhineAlpine #GreenCorridor



Rhine-Alpine Talks - Green Corridor - EGTC Rhine-Alp...  
11. September 2020 @ 11:00 - 12:30 - As a frontrunner in transnational cooperation the EGTC started a new ...  
[egtc-rhine-alpine.eu](#)

🗨️ 1 ❤️ 📤 📊



**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 3. Aug.

#Europäer im Gespräch! Wir freuen uns über den kürzlichen Besuch des hessischen Europastaatssekretärs Mark Weinmeister [@mattium](#) in der Zentrale des Europabüros #FrankfurtRheinMain. Worum es bei diesem #Austausch mit [@RouvenKoetter](#) ging: [europabuero-frm.de/Kurzmen%C3%BC/...](#)



🗨️ 2 ❤️ 📤 📊